

20.12.2016

Niederschrift 004/2016

Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung

am 30.11.2016 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Frau Ursula Lindstedt

Vertretung für Frau Aileen Droll

Herr Gerd Oldenburg

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rainer Goepfert

Frau Marie-Louise Scheideler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Frau Claudia Gebhard

Vertretung für Frau Annika Dresen

Herr Olaf Lauschner

Herr Martin Niessner

Vertretung für Herrn Hubert Hüppe

Frau Ursula Schmidt

anwesend bis 17.50 Uhr

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Peter Büttner

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

anwesend bis 17.35 Uhr

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Herr Björn Lerche

Vertretung für Herrn Julius Will

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent
Frau Heidi Bierkämper-Braun, Gleichstellungsbeauftragte
Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter
Frau Birgit Diers, Schriftführerin

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 17.11.2016 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Mit dem Vorschlag von Frau Chur, die Tagesordnung um die Drucksache 179/16 „Finanzierung der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen im Kreis Unna“, neuer Punkt 4, zu erweitern, erklären sich die Anwesenden einverstanden. Die nachfolgenden Punkte schließen sich entsprechend an. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 157/16 | Rahmenvereinbarung über die Grundlagen der Zusammenarbeit zur Förderung der besonderen Belange von Frauen und Mädchen mit dem Frauenforum im Kreis Unna e.V. |
| Punkt 3 | 160/16 | Änderungsvereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna für das Jahr 2017 |
| Punkt 4 | 179/16 | Finanzierung der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen im Kreis Unna |
| Punkt 5 | 147/16 | Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten;
Festsetzung neuer Richtwerte für die Angemessenheit |
| Punkt 6 | 131/16 | Globalzuwendung zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege |
| Punkt 7 | 164/16 | Produkthaushalt 2017 - Budget 50 Arbeit und Soziales;
Bereich Soziales, Familie und Gleichstellung |

Punkt 8 158/16 Produkthaushalt 2017 - Budget Gleichstellung

Punkt 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 9.1 174/16 Zielvereinbarung Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder;
Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2016

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 157/16 Rahmenvereinbarung über die Grundlagen der Zusammenarbeit zur Förderung der besonderen Belange von Frauen und Mädchen mit dem Frauenforum im Kreis Unna e.V.

Erörterung

Herr Göpfert erläutert die Drucksache ausführlich anhand einer Folienpräsentation (Anlage 1). Bezugnehmend auf Folie 3 korrigiert er das dort angeführte Datum des Inkrafttretens der Rahmenvereinbarung auf den 01.01.2017. Er weist darauf hin, dass im Sachbericht der Drucksache auf Seite 8 unter Ziffer 3.5 anstelle des Frauenhauses die Frauen- und Mädchenberatungsstelle gemeint sei. Die gesamte Thematik fände sich in Kürze in der Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2017 wieder.

Die Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GFL-Lünen / UWG-Selm und FDP sowie die Freien Wähler signalisieren ihre Zustimmung zur Drucksache und bedanken sich für die geleistete Arbeit.

Herr Oldenburg begrüßt diese Vereinbarung. Die SPD-Fraktion halte eine vierte Stelle für zwingend notwendig und hoffe, dass Frau Unger nun für die nächsten fünf Jahre mit ihren Mitarbeiterinnen planen könne. Im Zuge der LQV sei die rechtliche Möglichkeit geschaffen worden, entsprechende Refinanzierungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen zu können.

Herr Lauschner erkundigt sich nach der Höhe der Kosten, die dem Kreis für hier untergebrachte, aber außerhalb des Kreises Unna wohnende Frauen entstünden.

Herr Göpfert antwortet, dass diese Kosten damit nicht zusammenhängen und dennoch im Haushalt verankert seien. Der Kreis Unna sei gegenüber anderen Sozialhilfeträgern durchaus erstattungspflichtig und habe keinen Einfluss auf die Höhe dieser Kosten. Durch die LQV sei ein guter Standard erarbeitet worden, um Gelder einholen zu können, der zukünftig auch bei zu leistenden Erstattungen anderer Sozialhilfeträger gelten müsse.

Die CDU-Fraktion sei der Ansicht, dass die Erstellung der Rahmenvereinbarung beidseitig durchaus sehr arbeits- und zeitintensiv gewesen sei, so Herr Lauschner. Im Ergebnis handele es sich um etwas sehr Vernünftiges und Gutes. Für Frau Unger sei erfreulich, dass sie in den Folgejahren hinsichtlich der finanziellen Sicherheit beruhigter agieren könne.

Aufgrund vieler Zuzüge von Flüchtlingen halte er die Schaffung einer finanziell stabilen Basis für erforderlich, erklärt Herr Nadolski-Voigt. Denn auch für diesen Bereich müsse das Frauenhaus gut aufgestellt sein und so könne die Integrationsarbeit innerhalb des Kreises Unna gestärkt werden.

Für die FDP-Fraktion kündigt Herr Lerche zur Sitzung des Kreistages einen Änderungsantrag an, in dem es um Wirkung, Inkrafttreten und Laufzeit gehe. Damit solle nicht die bisherige Arbeit geschmälert, sondern nur frühzeitig auf bestimmte Punkte hingewirkt werden.

Herr Göpfert weist darauf hin, dass ein im Kreistag erfolgreicher Änderungsantrag zu Nachverhandlungen bezüglich der Rahmenvereinbarung führe und dadurch der Konsens mit dem Frauenforum ausgehebelt würde.

Die CDU-Fraktion beantragt die Verschiebung der Beschlussfassung in die Sitzung des Kreisausschusses bzw. Kreistages.

Beschluss

Die Beschlussfassung wird in die Sitzung des Kreisausschusses bzw. Kreistages verschoben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (1 Nein-Stimme Freie Wähler)

Punkt 3 160/16 Änderungsvereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna für das Jahr 2017

Erörterung

Herr Göpfert erläutert die Drucksache und schlägt eine Beratung für das nächste Jahr vor, um dann zum 01.01.2018 mit einer strukturell neu aufgestellten Vereinbarung zur Schuldnerberatung starten zu können. Für die Übergangszeit würde die bereits vorgestellte Änderungsvereinbarung auf den Weg gebracht. Diese Thematik werde sich in Kürze ebenso in der Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2017 wiederfinden. Auswirkungen auf die Kreisumlage gebe es nicht, denn es könne auskömmlich finanziert und gegengerechnet werden.

Herr Oldenburg und Herr Lauschner erklären sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Die CDU-Fraktion beantragt die Verschiebung der Beschlussfassung in die Sitzung des Kreisausschusses bzw. des Kreistages.

Beschluss

Die Beschlussfassung wird in die Sitzung des Kreisausschusses bzw. des Kreistages verschoben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (4 Nein-Stimmen: 2 x Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 x Fraktion GFL / UWG, 1 x FW, 1 Enthaltung SPD-Fraktion)

Im Anschluss an die Abstimmung ergibt sich eine Grundsatzdiskussion zum Abstimmungsverhalten innerhalb von Fachausschüssen.

Punkt 4 179/16 Finanzierung der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen im Kreis Unna

Erörterung

Herr Göpfert bedauert, dass die Drucksache so kurzfristig vorliege; eine Fertigstellung sei nicht früher möglich gewesen. Im Anschluss erläutert er die Drucksache.

Die SPD-Fraktion stimme der Drucksache zu, so Herr Oldenburg.

Herr Lauschner erklärt auch für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Drucksache. Aufgrund der finanziellen Auswirkungen beantragt die CDU-Fraktion die Verschiebung der Beschlussfassung in die Sitzung des Kreisausschusses bzw. des Kreistages.

Auch hier ergibt sich eine kurze Diskussion zum Abstimmungsverhalten.

Beschluss

Die Beschlussfassung wird in die Sitzung des Kreisausschusses bzw. des Kreistages verschoben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (1 Nein-Stimme Fraktion GFL / UWG, 1 Enthaltung Linksfraktion)

Punkt 5 147/16 Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten; Festsetzung neuer Richtwerte für die Angemessenheit

Erörterung

Herr Diekmännken erläutert die Drucksache ausführlich anhand einer Folienpräsentation (Anlage 2).

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

1. Für die laufenden Bedarfe der Unterkunft in den Rechtskreisen SGB II und SGB XII gelten mit Wirkung vom 01.01.2017 die im Rahmen des „Konzeptes zur Ermittlung der Kosten der Unterkunft 2015 inklusive Fortschreibungsbericht 2016“ ermittelten neuen Richtwerte für die Angemessenheit laut Anlage 3 a zur Drucksache 147/16.
2. Der Landrat wird beauftragt, die „Richtlinien für die Kosten der Unterkunft und Heizung“ entsprechend zu ändern und diese im Übrigen dem neuesten Stand der Gesetzgebung sowie Rechtsprechung anzupassen. Dabei sind die unter Ziffer 5.1 beschriebenen Eckpunkte zu beachten. Das gleiche gilt im Sinne einer einheitlichen und gleichmäßigen Anwendung in der Sachbearbeitung für die begleitenden Arbeitshinweise.
3. Angesichts der dynamischen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wird der Landrat des Weiteren beauftragt, bis spätestens zum 31.12.2017 die Richtwerte für die Angemessenheit erneut zu prüfen und bei Änderungsbedarfen zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 131/16 Globalzuwendung zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege

Beschluss

Dem Landrat wird empfohlen, auf der Grundlage des gemeinsamen Verwendungsnachweises vom 29.09.2016 der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna (s. Anlage) die Fördermittel für das Jahr 2016 abschließend zur Auszahlung freizugeben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 164/16 Produkthaushalt 2017 - Budget 50 Arbeit und Soziales; Bereich Soziales, Familie und Gleichstellung

Erörterung

Herr Göpfert erläutert die Drucksache bzw. den Produkthaushalt des Fachbereiches 50 ausführlich anhand einer Folienpräsentation (Anlage 3).

Der Produkthaushalt 2017 für das Budget 50 Arbeit und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 158/16 Produkthaushalt 2017 - Budget Gleichstellung

Erörterung

Frau Bierkämper-Braun erläutert den Produkthaushalt für das Budget Gleichstellung und teilt mit, dass sich für das Jahr 2017 keine Veränderungen ergeben hätten. Sie begrüße die erstellte Rahmenvereinbarung mit dem Frauenforum sehr, denn dort würde gute fachliche Arbeit geleistet und die Kolleginnen hätten eine ihrer Leistung entsprechenden Vergütung verdient. In den letzten Jahren sei es im Bereich der Gleichstellung immer wieder zu Kürzungen finanzieller Mittel und personeller Ausstattung gekommen. In diesem Jahr hätte es zum Glück keine weiteren Kürzungen gegeben, zumal es für die Gleichstellungsstelle sowieso schwierig sei, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen. Zu Beginn des Jahres habe eine Veranstaltung für Ehren-

amtliche zur besonderen Situation geflüchteter Frauen stattgefunden; in Zusammenarbeit sowie einer Aufteilung der Kosten mit dem Kommunalen Integrationszentrum (KI). Ebenso sei eine gemeinsame Veranstaltung mit der Wirtschaftsförderung zur Thematik „Frauen in Führungspositionen“ durchgeführt worden. Dort habe eine Referentin speziell zur Thematik „Beruf und Pflege“ berichtet. Frau Bierkämper-Braun teilt mit, dass sie auch im kommenden Jahr berichten werde, was ihre Arbeit intern wie auch extern ausmache. Sie betont, dass ihr die politische Begleitung dieses Ausschusses wichtig sei und dieser neue Impulse aufzeigen könne.

Der Produkthaushalt 2017 für das Budget Gleichstellung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 9.1 174/16 Zielvereinbarung Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder; Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2016

Erörterung

Herr Göpfert beantwortet die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2016 wie folgt:

Frage 1: „Ist es möglich, eine Zielvereinbarung Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder erneut aufzulegen?“ - Antwort: Das ist möglich, aber aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich. Die Vereinbarung wurde zu einer Zeit getroffen, in der die Thematik sehr umfangreich behandelt worden ist. Zurzeit wird die Arbeit im Sinne der alten Zielvereinbarung weitergeführt.

Frage 2: „Wenn ja, ab wann kann die Politik mit einem aktuellen Bericht rechnen?“ – Antwort: Die Politik wird jährlich informiert. Für die nächste Sitzung im März 2017 wird ein aktueller Bericht vorgelegt.

Anlagen

1. Präsentation “Rahmenvereinbarung mit dem Frauenforum im Kreis Unna e.V.” – Bericht Herr Göpfert
2. Präsentation „Mietwerterhebung 2015/2016“ – Bericht Herr Diekmännken
3. Präsentation „Haushalt 2017 – Budget 50 Arbeit und Soziales“ – Bericht Herr Göpfert

gez. Birgit Diers
Schriftführerin

ges. Angelika Chur
Vorsitzende